

Wer hat recht im Streit um das UKW-Ende?

Der Radiopionier Roger Schawinski kämpft gegen das Abschalten der UKW-Sender – seine Branchenkollegen halten dagegen

STEFAN HÄBERLI, BERN

Spätestens im Januar 2023 werden die privaten Radiostationen ihre UKW-Sender vom Netz nehmen und terrestrisch nur noch via DAB+ senden. So war es zumindest geplant. Ob sich der Fahrplan umsetzen lässt, ist fraglich geworden. Roger Schawinski, Medienpionier und Eigentümer von Radio 1, führt eine Kampagne gegen die UKW-Abschaltung.

Mit Erfolg: In der eigenen Branche mag er mit seiner Forderung zwar einsam dastehen. Die Verbände der Privatradios und die SRG befürworten das Ende von UKW in der Schweiz. Doch der vernehmbare Teil der Bevölkerung und der Politik scheint sich grossmehrheitlich auf die Seite Schawinskis geschlagen zu haben. Sogar die ehemalige Medienministerin Doris Leuthard findet, der Bundesrat solle seinen Entscheid noch einmal überdenken.

Was bedeutet die UKW-Abschaltung für die Konsumenten?

Wer Radio hören will, hat heute drei Möglichkeiten: den altbekannten UKW-Empfang, das Digitalradio DAB+ oder Streaming via Internet. Bis 2023 soll nun der Sendebetrieb via UKW in der Schweiz eingestellt werden.

Wird der Plan umgesetzt, werden Millionen von UKW-Geräten unbrauchbar. Sie müssen durch DAB+-Radios ersetzt werden. Das ist besonders im Falle von Autoradios ein Problem: Weniger als die Hälfte der Fahrzeuge verfügt heute über DAB+-Empfang. Und die Umrüstung kann rund 1000 Fr. kosten.

Ist DAB+ eine Totgeburt?

Man wolle sich nicht eingestehen, dass DAB+ ein Fehler gewesen sei, sagt Roger Schawinski. Nun werde mit der Brechstange – also der UKW-Abschaltung – versucht, der digitalen Technologie zum Erfolg zu verhelfen. Stimmt das? Richtig ist: Ohne finanzielle Unterstützung durch den Staat wäre die DAB+-Hörerschaft mit Sicherheit deutlich kleiner. Der Bund hat Millionen in die Förderung gesteckt. Ob er damit erfolgreich war, ist Ansichtssache. Beide Seiten finden in den Statistiken Bestätigung für ihre Sichtweise: Seit 2015 hat sich der Marktanteil von UKW fast halbiert. Laut den neuesten Zahlen (aus dem Jahr 2020) werden nur noch 27 von 100 Minuten auf analogem Weg gehört. DAB+ dominiert mit einem Marktanteil von 41% vor dem Internet-Streaming (32%).

Laut den Befürwortern der Abschaltung ist damit der Fall klar: Die Tage von UKW sind mittelfristig gezählt. Wenn nicht in anderthalb Jahren, dann eben etwas später. Mit einer frühzeitigen UKW-Abschaltung wäre die Schweiz für einmal eine Pionierin.

Was spricht gegen eine UKW-Abschaltung?

Die Gegner der UKW-Abschaltung finden ihre Argumente in den gleichen Zahlen. Ein Marktanteil von einem Viertel sei nicht vernachlässigbar, erwidern sie. Ein Problem sind zudem die Autos: Von der bestehenden Schweizer Flotte verfügen nur 42% der Fahrzeuge über ein DAB+-Gerät.

Deshalb sagen Schawinski und seine Mitstreiter: Die UKW-«Zwangsausschaltung» komme, so sie denn überhaupt nötig sei, viel zu früh. Millionen Radios landeten unnötigerweise im Elektroschrott. Und wer im Auto kein DAB+-Gerät habe, müsse entweder rund 100 Fr. in eine «Bastellösung» mit Adapter und angeklebter Antenne stecken. Oder für 1000 Fr. ein DAB+-Radio einbauen lassen.

Fazit: Der UKW-Ausstieg schade der Umwelt und dem Portemonnaie der Konsumenten.

Was sind die Vorteile von DAB+?

Daran scheiden sich die Geister. Mit DAB+ verschwindet zwar etwa das typische Radiorauschen. Andererseits verstummt das Radio, wenn das Signal



Radiogeräte wie dieses könnten in der Schweiz in Bälde zu Elektroschrott werden.

CHRISTIAN BEUTLER / KEYSTONE

zu schwach wird. Für die Hörer sind die Unterschiede zwischen UKW und DAB+ generell eher klein. Welche Technologie höheren Komfort bietet, ist Geschmacks- oder gar Glaubenssache. Insofern spricht wenig für einen Umstieg auf DAB+ – aber auch wenig dagegen. Das Hauptargument für DAB+ hat denn auch nichts mit dem individuellen Hörerlebnis zu tun. Es lautet: Auf UKW herrscht in der Schweiz ein grosses Gedränge. Die Frequenzen sind ein knappes Gut; sie sind vollständig mit Radioprogrammen belegt. Der Umstieg auf DAB+ schafft aus technologischen Gründen mehr Platz und ermöglicht damit eine grössere Vielfalt. Auch Nischen- und sprachregionale Programme können dank der Digitalisierung neu via Antenne empfangen werden.

Die Abschaltung von UKW dürfte somit auch die Marktanteile durchrütteln, glauben Branchenkenner. Für etablierte Radiostationen sind das nicht nur gute Aussichten. Mehr Vielfalt heisst auch mehr Konkurrenz.

Gehört die Zukunft nicht ohnehin dem Streaming?

Das ist weitgehend unbestritten. Sowohl Gegner als auch Befürworter der UKW-Abschaltung gehen davon aus, dass DAB+ eine Übergangstechnologie ist. Der kabellose Empfang von Radioprogrammen dürfte in Zukunft über das Mobilfunknetz erfolgen. Umstritten ist hingegen, ob sich der Zwischenschritt DAB+ überhaupt lohnt.

Roger Schawinski meint: nein. Aus seiner Sicht wäre es besser gewesen, in ein paar Jahren direkt von UKW auf die IP-Technologie (Internet) umzusteigen. So hätte man sich den Umweg über DAB+ ersparen können. Die Mehrheit der Privatradios, die SRG und der Bund sehen das anders. Eine Übertragung über die Mobilfunknetze sei in absehbarer Zukunft unrealistisch. Das zeige unter anderem der Widerstand gegen den neuen 5G-Mobilfunkstandard. Ein weiteres Argument: Der Empfang via DAB+ ist gratis. Drahtloses Internetradio setzt hingegen ein Abonnement bei einem Telekommunikationsunternehmen voraus.

Manche Befürworter der UKW-Abschaltung geben Schawinski in diesem Punkt aber auch recht. Der Zwischenschritt über DAB+ inklusive finanzieller Förderung des Bundes sei rückblickend wahrscheinlich ein Fehler gewesen, räumen sie ein. Es gebe momentan drei Verbreitungswege: DAB+, UKW und Internet. Das sei einer zu viel. Damit man Kosten sparen könne, müsse ein Kanal wegfallen. Und das könne wohl oder übel nur UKW sein.

Steht die Schweiz mit ihrem Entscheid allein da?

Fast. Zwar hat Norwegen bereits Ende 2017 die UKW-Sender abgestellt. Und auch in anderen europäischen Ländern gibt es Pläne für einen Umstieg auf DAB+. Doch mit der geplanten UKW-Abschaltung würde die Schweiz zu den Vorreitern gehören. In Grossbritannien wird die UKW-Übertragung voraussichtlich erst 2032 eingestellt.

Für Roger Schawinski ist Norwegen ein abschreckendes Beispiel: Nach der UKW-Abschaltung sank der Anteil der Radiohörer im Land von rund 68 auf 48%. Mittlerweile haben die Zahlen wieder etwa das gleiche Niveau wie vor der Abschaltung erreicht. Lokale und nichtkommerzielle Radios können in Norwegen vorerst auf UKW weiterstrahlen.

Warum wollen die Privatradios UKW abschalten?

Der Anstoss für die UKW-Abschaltung kam nicht von den Behörden. Es war die Radiobranche, die zusammen mit der SRG diesen Wunsch geäussert hat. Wie bereits erwähnt verbreiten die Radiostationen ihre Programme über drei Wege: UKW, DAB+ und Internet. Der parallele Betrieb zweier terrestrischer Systeme, UKW und DAB+, kostet. Dass DAB+ aufgegeben wird, steht nicht zur Disposition. Das fordert auch Schawinski nicht. Er will am Parallelbetrieb von DAB+ und UKW festhalten.

Schawinski hält dem Kostenargument entgegen, dass die Anlagen zur UKW-Verbreitung längst abgeschrieben seien. Vertreter anderer Privatradios sagen hingegen, dass für sie der Parallelbetrieb von UKW und DAB+ wirtschaftlich nicht tragbar sei. Zudem seien die Pläne für die UKW-Abschaltung seit Jahren bekannt. Entsprechend hätten sich die Radiobranche und die Netzbetreiber darauf vorbereitet.

Wurde die Öffentlichkeit überrumpelt?

Der Grundsatzentscheid für die UKW-Abschaltung wurde bereits vor Jahren getroffen. 2015 stimmten die SRG sowie mehr als 80% der privaten Radiostationen dem Vorhaben zu, spätestens 2024 aus der UKW-Verbreitung auszustiegen. Der Bundesrat hat diesem Ziel 2017 den rechtlichen Rahmen gegeben. Seither finanziert der Bund Kampagnen, mit denen er die Bevölkerung auf den nahenden Abschied von UKW aufmerksam macht.

Dass die Diskussion erst jetzt Fahrt aufnimmt, überrascht allerdings nicht sonderlich. Es dürften ähnliche Mechanismen zum Tragen kommen wie bei

grossen Bauprojekten der öffentlichen Hand: Solange der Spatenstich noch weit in der Ferne liegt, interessiert sich nur ein kleiner Kreis dafür. Erst kurz bevor die Bagger auffahren, fängt ein Projekt in der Wahrnehmung der Bevölkerung an zu existieren – und wird somit auch für Politiker interessant.

Warum kommt es zur «Zwangsausschaltung»?

Die einfache Antwort lautet: Weil die SRG und die privaten Radiostationen es so wollen. Aber warum? Ohne «Zwangsausschaltung» bestünden für die Radiostationen Anreize, auf UKW weiterzusenden. Nicht weil sie UKW für eine bessere Technologie halten. Sondern weil es zu einem Kampf um die «DAB+-Verweigerer» unter den Radiohörern käme. Der Markt würde einige private Stationen «zwingen», an UKW festzuhalten. Das will die Branche mit einem koordinierten Ausstieg verhindern.

Die SRG wird ihre UKW-Sender bereits im August 2022 abschalten. Damit übernimmt sie die Rolle der «Eisbrecherin» für die Privatradios. Sie dürfte bei der definitiven UKW-Abschaltung den Unmut auf sich ziehen. Der vom Bund orchestrierten Abschaltung haftet etwas Kartellartiges an. Die Radiobranche und die SRG können so Verbreitungskosten einsparen. Einen Teil der eingesparten Kosten tragen die Konsumenten, die widerwillig auf DAB+ umsteigen müssen. Die Branche rechtfertigt dies damit, dass Privatradios mit der Qualität ihrer Programme um Marktanteile ringen sollten. Und nicht mit einem teuren Kampf um die letzten «UKW-Mohikaner».

Warum wird die UKW-Abschaltung nicht einfach verschoben?

Die SRG und die Radiobranche wollen dies aus Kostengründen nicht. Ohne staatliche Unterstützung wäre ein Festhalten an UKW für manche private Radiostationen kaum finanzierbar. Denn der Bund hat DAB+ quasi hochgezüchtet. Nur dank den Subventionen lohnt sich der Parallelbetrieb für viele Privatradios überhaupt. Bis zur geplanten UKW-Abschaltung wird der Bund rund 85 Mio. Fr. für die Förderung von DAB+ ausgegeben haben:

Etwa 65 Mio. fliessen oder flossen in die Verbreitungskosten der Radiostationen. Sprich: Der Bund subventioniert die Verbreitung der Programme via DAB+. Zeitweise hat er 80% der Rechnung übernommen. Die Subventionen sinken schrittweise; ab Februar 2023 soll kein Geld mehr aus den Gebührentöpfen fliessen. Weitere rund 10 Mio. spendierte der Bund den Privatradios für die Digitalisierung ihrer Studios. Nochmals rund 10 Mio. wurden oder werden für Kampagnen aufgewendet, mit denen die Hörer auf die bevorstehende UKW-Abschaltung hingewiesen werden.

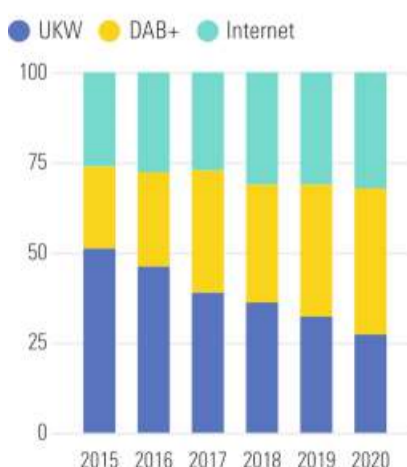
Die Rechtfertigung dieser Maschinerie lautet Technologieförderung. Die Phase, in der DAB+ und UKW nebeneinander existieren, sollte möglichst kurz gehalten werden. Das heisst: Geplant war eine rasche Ablösung von UKW durch DAB+.

Roger Schawinski fordert, dass der Bund die Subventionen für die Verbreitung verlängert. Mit anderen Worten: Die staatliche Anschubfinanzierung soll in eine dauerhafte Kostenübernahme umgewandelt werden. Damit würde der Bund die Digitalisierung, die er zuerst mit Millionen künstlich beschleunigt hat, mit zusätzlichen Millionen wieder bremsen.

Konsistent wäre das nicht. Aber es gehört zur Politik, dass sich die Ziele unter dem Eindruck der öffentlichen Meinung ändern. Die Grenzen zwischen Konsistenz und Sturheit sind fließend. Allerdings müsste jemand die Subventionen berappen. Kaum realistisch ist eine Gebührenerhöhung. Schawinski hat aber auch bei der Finanzierung eine Idee, die durchaus populär sein könnte: Ein paar Millionen aus dem Gebührentopf könnten zu den Privatradios statt zur SRG fliessen.

Die Mehrheit hört digital

Radionutzungsvolumen nach Empfangsart, in %



QUELLE: GfK SWITZERLAND

NZZ / hnt